

(Abgeordneter Müller [Zwickau].)

- (A) zugegeben worden, daß das Stückpreissystem in seiner heutigen Form kaum mehr aufrechtzuerhalten und einer Reform dringend bedürftig sei. Alle in jener Denkschrift zum Kap. 16 enthaltenen und dort geschilderten Mängel und unhaltbaren Verhältnisse entspringen der nicht mehr zeitgemäßen Handhabung des Stückpreissystems, und jeder auch von Seiten der Staatsregierung und einiger Herren Vorredner vermutete persönliche Vorwurf gegen die jenes System handhabenden Stellen ist schon um deswillen hinfällig, weil diese Stellen auf die Gestaltung oder Umgestaltung dieses Lohnsystems gar nicht den entscheidenden Einfluß haben, zum Teil ihm früher selbst unterstanden und seine Mängel an sich selber verspürt haben. Ich unterstreiche das noch einmal ganz besonders und nachdrücklich, um den den Verfassern der Denkschrift gemachten Vorhalt unbegründeter Vorwürfe gegen die in Frage kommenden Beamten glatt die Spitze abzubreaken. Ich betone ausdrücklich: Die in jener Denkschrift geschilderten Vorgänge über die seitens der Akkordarbeiter vielfach vorgenommenen Lohn einschreibungen bzw. Berechnungsmethode entsprangen dem Zwange innerer Notwendigkeiten, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, vor allen Dingen nicht dem willkürlichen Triebe der Beteiligten, mit einem Worte, sie entsprangen dem Stücklohnssystem selbst. Dem ist heute noch so, und wenn eine Änderung nicht eintritt, wird es wohl auch in Zukunft so bleiben, und ich meine, damit ist der Vorhalt ganz von allein erledigt. Wenn es noch eines Beweises dafür bedürfte: Die Besichtigung, die der Finanzausschuß in den Dresden-Friedrichstädter Werkstätten vorgenommen hat — eine Besichtigung, deren Ergebnis bedauerlicherweise in dem Bericht zu Kap. 16 keine Erwähnung gefunden hat — und das Endergebnis der dort stattgefundenen Konferenz hat den Verfassern dieser Denkschrift recht gegeben, und zwar fast ausnahmslos.

(Abgeordneter Günther: Der allgemeine Vorwurf war richtig!)

Der allgemeine Vorwurf kann nicht von der Hand gewiesen werden. Es liegt mir fern, irgend einer Stelle in der Verwaltung der Staatseisenbahnen oder in der Staatsregierung überhaupt einen persönlichen Vorwurf zu machen. Diese Art der Lohnberechnung entsprang eben diesem System, mußte ihm entspringen aus dem einfachen Grunde, weil ein anderer Ausweg nicht übrig bleibt, und ich wäre in der Lage, bis in die neueste Zeit, ja bis in die letzten Wochen den Beweis anzutreten, daß dem so ist, daß das so bleiben muß, bis die königliche Staatsregierung den Weg einschlägt, den sie

für geboten hält und nunmehr auch in der Beantwortung, und zwar auf S. 41 bzw. 42, angegeben hat. Wir hätten gewünscht, daß es nicht erst dieses Vorstoßes bedürftig hätte, um die Staatsregierung selbst auf diesen Weg hinzuweisen. Aber, wie gesagt, wir sind jederzeit bereit — das habe ich auch gegenüber den Herren Regierungsvertretern schon einmal erklärt —, uns unserer angeblichen Immunität zu begeben und auf Wunsch der Staatsregierung an den von ihr gewünschten Stellen Rechenschaft über das abzulegen, was wir in dieser Denkschrift rein sachlich, frei von jeder persönlichen Voreingenommenheit gegen jedermann dargelegt haben.

Meine Herren! Die Regierung hat die Beseitigung der Übelstände versprochen, sie will ausgleichend wirken, und wir begrüßen das, und mit uns das Personal aller Werkstätten in Sachsen. Das Personal der Werkstätten ist auch mit den Maßnahmen der Generaldirektion, nur wirklich nachweislich geleistete Arbeit im Lohne zu verrechnen, ausdrücklich und grundsätzlich einverstanden. Es begrüßt diese Maßnahme, weil nur dadurch die Mängel des Stückpreissystems wirklich sichtbar an den Tag treten und die Richtung für ihre Beseitigung gezeigt wird. Die Regierung kann das auch durchaus nicht bestreiten, und sie hat auf S. 42 den Weg angegeben, der nun beschritten werden soll, wenn sich auf Grund des gegenwärtigen Stückpreissystems Verhältnisse herausstellen sollten, die den Arbeiter nicht in die Lage setzen, denjenigen Bedarfslohn zu erzielen, der in wirtschaftlicher Beziehung heute zur Aufrechterhaltung der Existenz einfach unbedingt notwendig ist.

Meine Herren! Die Auffassung der Staatsregierung wird zweifellos in verschiedenem von der unsrigen abweichen. Allein darauf kommt es uns nicht an, es kommt uns nicht auf den Weg an, sondern darauf, daß überhaupt etwas geschieht, etwas Wirkliches geschieht, das sich mit den Wünschen der Werkstättenarbeiter überhaupt deckt. Die Staatsregierung hat auch hierin eine Zusage gegeben und wird sich zweifellos den Dank aller in Betracht kommenden Eisenbahner erwerben, wenn sie das bald tut und energisch ans Werk geht. Sie hat eine Kommission eingesetzt, in der — der Herr Finanzminister hat vorhin schon davon gesprochen — die Arbeiter ursprünglich fehlten. Nach der Zusage, die seitens des Herrn Finanzministers gegeben worden ist und auch früher schon seitens des Herrn Regierungsvertreters Geheimen Rat Otto, ist anzunehmen, daß zu den weiter stattfindenden Beratungen dieser Kommission auch die Arbeitervertretung zugezogen wird. Ich hoffe, daß es der Kommission gelingen wird, ein Werk zu schaffen, das sie selbst mit Genugtuung erfüllt und